

Groß-Berlin

Abschied im Roten Hause.

Die letzte Berliner Stadtverordnetenversammlung vor der Neuwahl.

Zum letzten Male vereinigte sich gestern Abend die nach dem alten Dreiklassenystem gewählte Berliner Stadtverordnetenversammlung zu einer Sitzung im Rathaus. Von den 144 Stadtverordneten waren nur etwa 80 erschienen. Viele, die lange Jahre hindurch das städtische Ehrenamt bekleidet hatten und für die nächste Stadtverordnetenwahl nicht wieder kandidieren wollten, hatten es vorgezogen, der Abschiedsstunde fern zu bleiben. Sang- und klanglos eröffnete der 83jährige Vorsitzende Herr Mischelet zum letzten Male die Sitzung, die eine reichhaltige Tagesordnung aufwies. Während der Dauer der Verhandlungen herrschte große Unruhe im Saale. Der Vorsitzende mußte wiederholt die Glocke schwingen und bitten, in der überlauten Unterhaltung eine Pause zu machen, damit sich der Redner am Wortstandort verständlich machen könne. Aber die Ruhe hielt nur wenige Minuten an, und viele Stadtverordnete fanden wieder in dichtem Gruppen beisammen und unterhielten sich von vergangener und zukünftiger Kommunalpolitik.

Über den Verlauf der Sitzung erhalten wir nachstehenden Bericht:

In der gestrigen Sitzung stand u. a. eine Vorlage über Anstellung von zwanzig Schulinspektoren und je einem Sachverständigen für Augen, Ohren- und Nervenerkrankungen zum Zweck der schularztlichen Fürsorge in den Gemeindeschulen auf der Tagesordnung. Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage angenommen. — Zum 1. April d. J. soll nach einem Antrag des Magistrats ein dreiklassiges Schulhaus für Karl-Schwachhübsche Kinder im Schulhaus der bisherigen 11. Gemeindeschule, Goegetenstraße 18, errichtet werden. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu. — Gegen die Vorlage über die Veranlassung einer Vorlage, in der der Magistrat den Wünschen der städtischen Kindergartengemeinschaft nachkommt, die die Beteiligung des städtischen Besoldungsstellen mit festen ständigen Bezügen und Besetzung des Titels „Kindergartenerzieherin“ an Magistratsstellen nach einem Besoldungsstellenplan von zwölf Jahren fordern. — Bei der Vorlage über die Veranlassung von Teuerungszulagen an die Berliner Armenärzte regte Stadtrat Dr. Mehl (L. Soz.) an, statt „Armenärzte“ den Titel „Stadtarzt“ einzuführen, was aber einen dahingehenden Antrag nach Ermägen des Magistrats verhängig jurist. Die Vorlage selbst wurde angenommen.

Zur Beschlussfassung lag ferner der Versammlung eine Magistratsvorlage über die Gewährung eines Gehaltszuschlages an die städtischen Beamten, Beamtinnen und dauernd Angestellten in Höhe von 1200 Mark vor. Die hierzu nötigen Mittel erreichen die Höhe von 8 Millionen Mark. Die Vorlage wurde von der Versammlung angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung ergreift das Wort

Oberbürgermeister Vermuth:

Der Magistrat empfindet das Bedürfnis, dieser Versammlung, der nur noch Tage zugewiesen sind, ein herzliches Wort zu sagen. Wir haben einträchtig zusammen gearbeitet und gebüdet durch die schwere Zeit, die über unsere Stadt verhängt war. Wir haben zusammen die Kosten des Krieges und der Entlohnung getragen und sie nach rechtlichem Verstand unserer Möglichkeiten zu erleichtern versucht. Das schlingt ein unbeschreibliches Band um uns alle. Viele von Ihnen werden belebter sein zu großer und schwerer Arbeit, denen mit deren Scheiden wir rechnen müssen, die unser Haus im bedauern. Beteranen sind unter ihnen von einem hundertjährigen Alter bis zu 41 Jahren, Männer, die den Aufstieg der Stadt bis zur Weltstadt, das Einwandern über die Grenzen des Reiches mit unterlebt und mitgesteuert, und die Götter wiederum jüngere, die der reinen Erziehung ihrer Väter Kraft zur Verfügung gestellt haben. Sie alle werden es würdigen und loben, wenn ich ihr Wissen als zusammengefaßt dargestellt sehe in dem Hauptes des von städtischen Ratsmitgliedern gleich geleitet und verehrten Vorsitzenden. (Beif. Beifall.) Fünfzig Jahre lang hat dieser Musterbürgerbeamte seine Treue und seine unerschütterliche Jugendkraft in den Dienst seiner Stadt gestellt. 31 Jahre wartet seine Würde und seine Lebenswürdigkeit in diesem Saal; seit 25 Jahren nimmt er Anteil an dem Gedeihen der Stadt und hat die Hand der Jugend in seine Hand gepflanzt. Was er unserer Stadt und der Geschichte Berlins, der Vorkämpfer der Stadtverordneten geht, der Ehrenbürger Berlins bleibt und erhalten. Meiner Herren, es ist nicht der Tag des Abschieds; wir alle sollen einen neuen Tag fest und zuverlässig ins Auge fassen; die Gedanken mit uns verbinden und mit stets bereitem Willen. Unsere Stadt besteht und lebt! Dann wird mit der rechten Entfernung auch das rechte Andenken ausleben an gemeinsame vergangene Arbeit.

Stadtverordnetenvorsteher Mischelet:

Meine Herren! Ich gerührt habe ich die Worte des Herrn Oberbürgermeisters angehört und ich danke ihm von Herzen für seine freundlichen Worte. Wir wissen ja, daß sich am nächsten Sonntag die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung nach einer neuen Wahlordnung vollziehen werden und damit erfüllt zugleich das Recht der gegenwärtigen Versammlung, das von Anfang der Städteordnung, von 1808 an, hell hineingeuchtet hat in alle, selbst die verborgensten Winkel und Ecken der städtischen Verwaltung, aber eben in die glänzigen Leuchten der Stadtverwaltung. Aber da ich ebenfalls zu denen gehöre, die in diesen Räumen als Stadtverordneter nicht zurücktreten, drängt es mich, Sie zu bitten, mir ein Wort des Abschieds zu sprechen. Das ist mir schwer von Herzen geht, aus dem Amte zu scheiden nachdem ich seit 1868, also 51 Jahre, im ehrenamtlichen Dienst meiner Vaterstadt gehalten habe, werden Sie verstehen und mir nachfühlen können.

Sie sind aber überzeugt, daß die Gegenüberbedingung darin liegt, daß ich solange meiner Vaterstadt habe dienen können in der Freude, mit Ihnen gemeinsam solange an dem Wohle unserer Stadt und ihrer Bewohner habe arbeiten können. Das wird für meine künftigen Tage eine der schönsten Erinnerungen aus meinem ganzen Leben sein. (Beif. Beifall.) Eine neue Zeit ist herangekommen und neue Zeiten verlangen neue Männer, und so scheide ich dann mit dem würdigen und würigen Wunsch, daß das Licht, das jetzt im Verlöschen ist, sich erneut zu einer leuchtenden Flamme entzünden möge, die der städtischen Selbstverwaltung Berlins, auf anderen Bahnen leuchten, daß sie ihr neue Bahnen weisen möge, auf denen Kunst und Wissenschaft, Handel, Gewerbe und Industrie nach den schweren Entschreitungen der letzten Jahre wieder erstarren und erblühen.

Sodann nahmen die Vertreter der Fraktionen der Versammlung — mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten — das Wort und die Stadtverordneten Casse, Krömer und Bruns sprachen in überaus herzlichem Maße dem Vorsitzenden Dank und Anerkennung für seine langjährigen Dienste aus, die er in so langen Jahren der Stadt Berlin bis in die letzte Zeit hinein geleistet hat. Sie verbinden damit die Versicherung, daß sie allesamt mit Freuden der Reiben des gemeinsamen Arbeitens gedenken und vermissen damit die Bitte, daß er, wenn er auch nicht mehr in ihrer Mitte weilt, er auch fernest sein seiner Stadt und seine Arbeitskraft dem Wohle seiner Vaterstadt widmen werde und werde in einer Zeit schwerer Niederganges für unser Vaterland und

die Stadt Berlin; möge es ihm vergönnt sein, auch den Aufstieg unseres Vaterlandes und der Stadt Berlin zu erleben! Damit schließt die letzte Sitzung der Versammlung vor den Neuwahlen.

Eine geiprengte Stadtverordnetenversammlung.

Zu turbulenten Szenen kam es gestern in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu Spandau. Nach einem früheren Beschluß sollte die Wahl des ersten Bürgermeisters vorgenommen werden, noch bevor die auf den 2. März angelegte Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums erfolge. Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung sah nun als ersten Punkt die Wahl des Oberbürgermeisters vor. Hiergegen legten die sozialdemokratischen Mitglieder Protest ein. Sie erklärten in der angelegten Wahl eine Vergewaltigung und verlangten, daß eine Abordnung der Spandauer Arbeiterschaft, die sich im Vorraum aufhalte, zur Verammlung zugelassen werde. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. Nach Verlesung eines Arbeiterprotestes entsand sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, nach deren Schluß der Vorsitzende zur Wahl schreiten wollte. Jetzt aber entstand ein minutenlanges Lärm, an dem sich auch die Tribüne beteiligte. Nachdem wieder einigemal Ruhe eingetrieben war, gaben die Arbeiter- und Soldatenräte die Erklärung ab, daß sie jede heute vorgenommene Wahl für ungültig halten. Sie bestanden darauf, daß sie zu Wort kommen wollten. Daraufhin wurde die Sitzung auf 10 Minuten vertagt. Nach ihrer Wiedereröffnung stellte der Vorsitzende ihre Tätigkeit an demselben Tag. Gegen ihre Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag angenommen. Um eine Sitzung des Geschäftsbetriebs der Stadt zu vermeiden, wurde einem weiteren Antrag zugestimmt, nach dem jene Stadtverordnete, die der Veranlassung der Sitzung angehören, so lange ihr Amt weiter verwaltet werden sollen, bis sie durch neu gewählte Stadtverordnete ersetzt sind.

Die Neuwähler Stadtverordnetenversammlung

bewilligte in ihrer gestrigen letzten Sitzung die Gewährung einer zugehörigen Besoldungssätze von jährlich 1200 Mark gleichmäßig für die Besoldungssätze an die städtischen Beamten, Beamtinnen und Angestellten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. Die Oberbürgermeister Kaiser unterstützte, konnte der Mindestforderung der Beamten in Höhe von 1500 Mark nicht entsprechen, weil ein gemeinsames Abkommen der Groß-Berliner Gemeindefürsorge die Gewährung von 1200 Mark vorliegt. Dem vom Magistrat vorgeschlagenen Bau der Intergrundbahn im Zuge der Berliner und Bergstraße und im Zuge der Hermannstraße anschließend an die Berliner Nord-Südbahn und an die U.S.B. Intergrundbahn wurde zugestimmt und ein Betrag von 14 Millionen bewilligt.

Kommunistische Schwärmer.

Weitere Spartacus-Prozesse.

Gegen zwei kommunistische Schwärmer, die sich in längeren Vorträgen bemühten, dem Gericht ihre sozialistischen und kommunistischen Ideen und Ideale darzulegen, hatte gestern die 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Maccò zu verhandeln. Wegen schweren Hausfriedensbruchs, Aufsturus und Landfriedensbruchs waren der blühende Schriftsteller Konstantin Reich und der 34jährige Schriftsteller und stellvertretende Oberlehrer Dr. phil. Adrian Turel angeklagt. Je von dem Reichsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld und Justizrat Dr. Werthauer verteidigt wurden. Als Sachverständiger war Sanitätsrat Dr. Magnus Girschfeld geladen.

Beide Angeklagten gehörten zu der „Besetzung“ des Roffe-Hauses. Wie der Angeklagte Reich vor dem Gericht behauptete, sei er als Überzeugter Sozialist Gegner jeglicher Gebühde. Nach Ausbruch der Revolution habe er sich wiederholt als Straßendredner betätigt und u. a. auch die Regierungstruppen zum Niederlegen der Waffen aufgefordert. Als er am 10. Januar vor dem Roffe-Hause hörte, daß die Besetzung des Plan hatte,

das Haus in die Luft zu sprengen,

habe er die Absicht in sich gefaßt, den Leuten hier von abzurufen. Mit seiner Mitgliedschaft der Unabhängigen Partei sei er in das Roffe-Haus hineingekommen, um dort belästigend, aber auch als agitatorisch zu wirken. — Der Angeklagte Turel gibt an, daß er mit seinen Anschauungen zwischen März und Oktober 1918 stehe. Er habe März für einen zu großen Optimismus gehalten, da er in seinen Ideen von der Ansicht ausgehe, daß alle Menschen gut seien. Er sei Gegner des Terrorismus, weil jeder Terror naturgemäß einen Gegenterror auslösen müsse, sei aber extreme Sozialist; das Wort extrem beziehe sich aber nicht auf die Mittel zur Erreichung seines Zieles, sondern auf das Ziel selbst. Er habe sich studienhalber in das Roffe-Haus begeben, habe aber dann bald wieder herausgewollt, da er von der Mehrheit der Leute einen sehr unangenehmen Eindruck gewonnen habe. — Beide Angeklagte legen Wert darauf, daß als sie sich im Roffe-Hause befanden, nicht mehr gelächelt wurde. Der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Magnus Girschfeld, behauptet, daß der Angeklagte Turel, dessen Vater im Verhütungsmittel Selbstmord begangen habe, eine schwer neuro-pathologische Konstitution auf Grund erblicher Belastung gehabt werden, dagegen seien in ungewöhnlicher Zeit in hochgradiger Erregung zu machen. — Die als Jungen vernommenen Geschwäftler Hartog und der Oberkommunistenmeister Lauche im Hause Roffe schützten übereinstimmend den Aufstand in den Räumen nach der Besetzung und befanden u. a., daß ein Selbstmord angeordnet und daraus 12 000 Mark gestohlen worden seien.

Das Gericht kam zu einer

Reisprechung

der beiden Angeklagten, indem es als glaubwürdig anfaß, daß beide nicht in der Absicht, dort als Mitglieder der Menge zu verbleiben, in das Roffe-Haus hineingekommen waren und sie auch nicht das Verbrechen begangen hätten, daß dort noch weitere Gewalttätigkeiten verübt werden sollten. Bei Turel habe das Gericht nicht angenommen, daß er unzurechnungsfähig sei, habe aber das Gutachten des Sachverständigen zu der Feststellung verwendet, daß der Angeklagte nicht das Verbrechen hatte, sich strafbar zu machen. — Beide Angeklagte wurden aus der Haft entlassen.

Bürgersteige reinigen und bestreuen! Der Magistrat Berlin macht bekannt: Die Beseitigung der Gischoter auf den Bürgersteigen ist wieder außerordentlich wichtig geworden und die Meinung vor, daß auch jetzt noch die Reinigung und Bestreuen der Bürgersteige zugunsten der Schneebeseitigung auf den Straßen der Winterzeit hinterzogen werden könne. Nachdem aber die zur Förderung der Kriegswirtschaftlichen Transporte erlassene Schneeschneebeseitigung aufgehoben ist, sind die Bestimmungen der Straßenpolizeiverordnung wieder in Kraft getreten, wonach die Grundbesitzer von morgens 7 Uhr ab den Bürgersteig vor ihren Grundstücken bis 8 Uhr abends von Schnee und Eis freizuhalten und bis 10 Uhr abends mit Sand oder anderem abstrahlenden Material derart zu bestreuen haben, daß der Entstehung gefährlicher Glatte

vollständig vorgebeugt wird. Auch die Schuymannschaft hat sich noch nicht wieder daran gewöhnt, auf sofortige Befehle dieses gefährlichen Zustandes zu dringen. Der Magistrat hat nunmehr Veranlassung genommen, bei dem Polizeipräsidium auf Abstellung dieses Uebels hinzuwirken.

Der Mord in der Friedrichstraße.

Eine Verhaftung. — Die angebene Flasche Wein.

Im Zusammenhang mit dem mutmaßlichen Mord an der Geschäftsinhaberin Hedwig Gliese steht die Verhaftung des Reisenden Hugo L. Hedwig Gliese wurde, wie wir mitteilen in dem Aufenthaltsort hinter ihrem Laden im Hause Friedrichstraße 53 tot und fast völlig verbrannt aufgefunden. Die ursprüngliche Annahme, sie sei beim Zigarettenrauchen verunglückt, ließ man fallen, als eine genaue Aufnahme des Leichens und Zeugenaussagen die Vermutung nahelegten, daß die Gl. ermordet worden sei. Die Leiche ist noch nicht obduziert, infolgedessen läßt sich über die Todesursache Bestimmtes nicht sagen. Gewiesen ist aber, daß Frau Gliese zu einem Geschäftsabfluß am Tage vor ihrem Tode einen großen Betrag von einer Bank abgehoben hat und außerdem 6000 Mark besaß. Das Geld von der Bank kann anderswo untergebracht sein, die 6000 Mark aber fehlen.

Frau Gliese hatte viele Geschäfte aller Art gemacht, auch Schiebergeschäfte in großem Umfange. Im Laden verkaufte sie Schuhbedarfsartikel, außerdem aber handelte sie mit allen möglichen Waren, auch mit Saharin und Lebensmitteln. Dadurch kam sie auch mit allerhand zweifelhaften Personen in Verbindung. Geschäftliche und freundschaftliche Verbindungen mit ihr unterhielt auch L. Er gibt das auch zu, leugnet aber, mit dem unangelegten Tode etwas zu tun zu haben. Nun fand man aber in dem Raum, in dem die angebrachte Leiche war, auf dem Tisch eine angebene Flasche Wein. Eine Zeugin behauptet, daß sie von L. den Auftrag erhalten hat, diese Flasche zu kaufen. Sie hat die Flasche an jenem Abend besorgt und L. selbst übergeben. Den ganzen Vorgang bestritt aber L. fortgesetzt. Er leugnet hartnäckig, die Zeugin mit dem Auftrag weggeworfen und eine Flasche Wein von ihr erhalten zu haben. Das Geschäft dagegen, von dem der Wein geholt wurde, befindet sich bestimmt, daß die Zeugin die Flasche gekauft hat. Die Zeugin bleibt trotz aller Ermahnungen bei ihrer Aussage. Deshalb besteht der dringende Verdacht, daß L. bei dem Tode der Ladeninhaberin seine Hand im Spiel gehabt und die Leiche bestohlen hat. Er wurde deshalb als der Brandstiftung und des Diebstahls verdächtig gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Milchspeise für Berliner Kinder. Die Stadt Berlin verteilt an diejenigen Kinder, die zwischen dem 1. Januar 1910 und dem 31. Dezember 1914 geboren sind, einmalig sechs Pfund ein Milchspeise von je 58 Gramm auf besondere Verzeichnisse. Die Verzeichnisse werden von den Bezirkskommissionen in der Zeit vom 22. bis 28. Februar an die Bezugsberechtigten ausgegeben. Die Bezugsberechtigten sind vom 22. Februar bis 2. März in den durch rote Verkaufsschilder gekennzeichneten Buttergeschäften zur Abtretung der Anmeldebüchlein vorzuliegen. Die Geschäftsführer bei den Bezirkskommissionen sind, wie werden auch durch Anschlag veröffentlichen. Die Milchspeise wird vom 8. bis 15. März in diesen Geschäften gegen Abgabe der Verzeichnisse verabfolgt werden.

Reiseverteilung in Berlin. In der Zeit bis Dienstag, den 25. Februar 1919, wird an diejenigen Kunden, die in den Geschäftsstellen der in den Bezirken der 136, 138, 145, 198, 231, 234, 244 und 277. Bezirkskommission gelegenen Geschäfte (Zigaretten, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Anschlagchild „Verkauf von Käse der Feststelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

Die Enttarnung in Groß-Berlin. Wie bekannt ist der Gardebataillonshauptmann Division von der Regierung die Durchführung der Enttarnung in der Hauptstadt von Groß-Berlin übertragen worden. Bei den letzten Durchsichtungen hat sich ergeben, daß sich immer noch eine große Menge von Schusswaffen im Besitz Unbefugter befinden. Bevor diese Waffen nicht völlig erfasst und den unfindlichen Elementen abgenommen sind, ist eine dauernde Sicherung von Ruhe und Ordnung nicht möglich. Unter Verwahrung auf einen Erlaß des Ministeriums des Innern hat die Gardebataillonshauptmann Division, wie sie uns mitteilen, an Personen, die über die in unrichtig im Besitz befindlichen Schusswaffen so Anzeige machen daß die Beschlagnahme durchgeführt werden kann, folgende Belohnungen aus: für ein Gewehr 5 Mark für einen Revolver oder Pistole 5 Mark, für ein Maschinengewehr 50 Mark für eine Handgranate 70 Mark. Für Geschäfte, Panzerkraftwagen usw. werden entsprechend hohe Preise gezahlt.

Der Mord in der Hedemamstraße. Die Leiche der ermordeten Frau Schwandt aus der Hedemamstraße 4 wurde gestern nachmittag unter Befehl von Vertretern des Gerichts und des Staatsanwalts sowie des Kriminalkommissars Dr. Anuschat von dem Gerichtsarzt, Medizinrat Dr. Sidmer obduziert. Es wurde dabei festgestellt, daß der Tod infolge Blutergergiesens ins Gehirn eingetreten ist. Der Mörder hat seinem Opfer sechs Schläge mit einem hammerähnlichen Werkzeug auf den Kopf versetzt, von denen zwei die Schädeldecke zertrümmerten und tödliche Wirkung hatten. Das Nordwesteck muß der unbekannte Täter mitgenommen haben, denn in der Wohnung wurde es nicht vorgefunden. Ein kleines Handbeil, das in einem Spindel lag, ist nicht benutzt worden. Die Nachforschungen nach dem Täter waren bisher ohne Erfolg. Sehr wesentlich für die weiteren Ermittlungen sind Angaben aus dem Publikum über den unbekannten Soldaten, der kurz nach dem Verbrechen, also vor 11 Uhr morgens, das Haus verlassen hat. Vielleicht ist der Gesuchte nachher noch in der Nachbarschaft oder anderswo gesehen worden. Der unbekannte Soldat trug einen Militärmantel über dem Arm, einen hellgrauen Rock auf dem Rücken, eine Feldmütze mit Schirm und schwarzem Bande und ziemlich neue Wadlengamaschen, die heller waren als der selbstgrüne Anzug. Mitterlungen nimmt Kriminalkommissar Vonberg im Berliner Volkspolizeipräsidium entgegen.

Ein falscher Matrose im Café National erschossen. Das Café National in der Friedrichstraße war gestern der Schauplatz einer Schießerei, die einen tödlichen Ausgang nahm. Dort erschienen abends ein Mann in der Uniform eines Marineoffiziers und ein Mann in der Uniform eines Matrosen. Der Matrose handelte, erklärte ihn für verhaftet. Der Offizier leckte sich zur Wehr und erklärte ihm für verhaftet. Der Offizier erschoss den Matrosen, der hinfällig wurde. Der Offizier ist ein Matrose, der hinfällig wurde. Der Offizier erschoss den Matrosen, der hinfällig wurde. Der Offizier erschoss den Matrosen, der hinfällig wurde.

10 000 Mark geraubt. Bewaffnete Räuber sind gestern nachmittag in der Wohnung des Schneide-meisters Gnehmers Roffestraße 44, erschienen. Sie hatten wohl erfahren, daß der Geschäftsmann große Geschäftsabläufe gemacht hatte und vermuteten des-